

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Position

Programm der FDP zur Bundestagswahl 2017

Bewertung der vbw

Stand: Juli 2017
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Die richtigen Ansätze für einen starken Wirtschaftsstandort

Um auch in Zukunft erfolgreich wirtschaften zu können, brauchen unsere Unternehmen die richtigen Rahmenbedingungen. Der Staat muss adäquate Antworten auf die großen Herausforderungen wie die demografische Entwicklung, den technologischen Fortschritt oder die im internationalen Vergleich zu hohe Abgabenlast finden.

Die FDP weist mit ihrem Programm zur Bundestagswahl 2017 mit dem Titel „Schauen wir nicht länger zu“ einen guten Weg dorthin. Eine klare ordnungspolitische Haltung und verschiedene zielführende neue Ansätze ergeben ein insgesamt erfreuliches Bild.

Besonders zu begrüßen ist aus Sicht der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., wie sehr das Programm bei zentralen Themen, wie Arbeitsrecht oder Energiepolitik, unseren eigenen Vorstellungen entspricht. Hier besteht dringender Bedarf nach einem Kurswechsel. Wichtig sind auch die klaren Absagen an klimapolitisch motivierte Zwangsmaßnahmen, eine Bürgerversicherung oder Steuererhöhungen.

Echte Unterschiede zeigen sich dagegen bei einzelnen Forderungen aus dem Bildungsbereich: Die FDP fordert eine grundsätzliche Reform des Bildungsföderalismus, insbesondere mit Blick auf die Hochschulfinanzierung. Das ist aus Sicht der vbw der falsche Weg – die Kulturhoheit der Länder muss auch in Zukunft erhalten bleiben. Im Übrigen gibt es aber auch im Bereich der Bildungspolitik zahlreiche Übereinstimmungen.

Insgesamt lässt sich also sagen: Im Detail gibt es Abweichungen, die zu diskutieren wären, aber die große Linie stimmt mit den Zielen und Interessen der Bayerischen Wirtschaft überein.

Bertram Brossardt
11. Juli 2017

Inhalt

1	Arbeit	1
1.1	Abbau überflüssiger Regulierung in der Zeitarbeit.....	1
1.2	Anpassungen beim Mindestlohn	1
1.3	Attraktivität betriebsunabhängiger Langzeitkonten steigern	2
1.4	Mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen.....	2
1.5	Positivkriterien für Selbstständige	3
1.6	Keine weiteren Einschränkungen bei Befristungen	3
1.7	Chancengleichheit ohne Quoten	3
1.8	Tarifautonomie verteidigen.....	4
1.9	Arbeitsmarktpolitik.....	5
2	Steuern und Haushalt	7
2.1	Einkommenssteuer	7
2.2	Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis Ende 2019	7
2.3	Wohnungsbau: Abschreibung mit drei Prozent jährlich	7
2.4	Keine Vermögensteuer	8
2.5	Grunderwerbsteuer	8
2.6	Keine Verschärfung der Erbschaftsteuer, Erbschaftsteuerfreiheit zwischen Ehegatten	8
2.7	Bessere Abschreibungsbedingungen.....	9
2.8	Gewerbesteuer	9
2.9	Bilanzierung von Pensionsrückstellungen	10
2.10	Umsatzsteuer.....	10
2.11	Auskunftsanspruch	10
2.12	Internationale Besteuerung.....	11

2.13	Haushaltspolitik.....	11
3	Digitalisierung, Innovationen, Gründer	13
3.1	Wettbewerbsrecht fit für die Digitalisierung machen	13
3.2	Modernes Urheberrecht	13
3.3	Open Data und Open Government	14
3.4	Datenschutz, Datennutzung.....	14
3.5	Verbesserung der nationalen und europäischen Datensicherheit.....	15
3.6	Besserer Schutz von Daten, die in die USA übermittelt werden	16
3.7	Mittelstand und Gründerförderung	16
3.8	Forschung und Technologie.....	17
4	Energie, Umwelt, Klima	19
4.1	Stromerzeugung, Strommarkt	19
4.2	Europäische Energiepolitik.....	19
4.3	Klimapolitik national und international	20
4.4	Keine klimapolitisch motivierten Zwangsmaßnahmen	20
4.5	Umwelt.....	21
5	Mobilität und Kommunikation.....	23
5.1	Mobilität, Verkehrsinfrastruktur.....	23
5.2	Digitale Infrastruktur auf dem Neusten Stand.....	23
6	Sicherheit	25
6.1	Innere, Äußere und Cyber-Sicherheit.....	25
6.2	Bekenntnis zu NATO und gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik in Europa	25
7	Bildung	27
8	Europa, Außenwirtschaft.....	29
8.1	Reformen für eine bessere EU.....	29

8.2	Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten	30
8.3	Finanzmarkt, Euro, Unternehmensfinanzierung	30
8.4	Außenwirtschaft	31
9	Zuwanderung, Asyl.....	33
9.1	Einwanderungsgesetz.....	33
9.2	Asyl, Flüchtlingsintegration	33
10	Soziale Sicherung	35
10.1	Belastungsgrenze für Steuern und Sozialabgaben (50 Prozent)	35
10.2	Schuldenbremse 2.0	35
10.3	Rücknahme der Regelungen zur Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen	35
10.4	Flexible Altersvorsorge für moderne Erwerbsbiografien	36
11	Gesundheit und Pflege	39
12	Bürokratieabbau, bessere Rechtsetzung	41
12.1	Bürokratieabbau	41
12.2	"one in, two out"-Prinzip bei der Gesetzgebung	41
12.3	Bessere Rechtsetzung	42
	Ansprechpartner	43
	Impressum.....	43

Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

1 Arbeit

Das überfällige Update für unser Arbeitsrecht

1.1 Abbau überflüssiger Regulierung in der Zeitarbeit

Position der FDP

Die unnötigen gesetzlichen Vorschriften zur Überlassungsdauer und Entlohnung, die in dieser Legislaturperiode eingeführt wurden, sollen geändert werden.

Bewertung der vbw

Zustimmung. Eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes war nicht notwendig. Die neuen Regelungen führen zu Rechtsunsicherheit und unnötigem bürokratischen Aufwand.

1.2 Anpassungen beim Mindestlohn

Position der FDP

- Es soll eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn für Flüchtlinge nach dem Vorbild der Regelung für Langzeitarbeitslose eingeführt werden.
- Die Dokumentationspflichten müssen für alle Unternehmen vereinfacht werden.

Bewertung der vbw

- Die FDP-Position ist zu begrüßen. Die Pflicht zur Aufzeichnung von Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit von geringfügig Beschäftigten muss aus dem Gesetz gestrichen werden. Die Dokumentationspflicht darf auch in Branchen nach § 2a SchwarzArbG nur bestehen, wenn gegen das Unternehmen der konkrete Verdacht eines Verstoßes gegen die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns vorliegt. Es muss im Übrigen ausreichen, dass die Dokumente spätestens einen Monat nach der jeweiligen Arbeitsleistung vorliegen (analog der monatlichen Fälligkeit des Mindestlohns) und nicht schon nach sieben Tagen.

- Bei den Ausnahmeregelungen sind aus Sicht der vbw weitere Anpassungen erforderlich: Der gesetzliche Mindestlohn darf in den ersten zwölf (bisherige Ausnahme für Langzeitarbeitslose: sechs Monate) generell für Personen mit erheblichen Vermittlungshemmnissen nicht gelten. Dazu gehören nicht nur Langzeitarbeitslose und geflüchtete Menschen, sondern beispielsweise auch Personen ohne Berufsabschluss und -erfahrung.

1.3 Attraktivität betriebsunabhängiger Langzeitkonten steigern

Die Forderungen entsprechen der Position der vbw.

1.4 Mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen

Position der FDP

- Die FDP möchte die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von acht bzw. zehn Stunden, sowie die elfstündige Ruhezeit – in nicht-sicherheitsrelevanten Bereichen – zugunsten einer wochenbezogenen Betrachtung aufheben.
- Der Staat soll als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen und ein Recht auf Homeoffice anbieten.
- Außerdem soll die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewahrt bleiben.

Bewertung der vbw

- Die Forderung nach der Aufgabe der täglichen Höchstarbeitszeit ist uneingeschränkt zu begrüßen. Die Forderung nach der Abschaffung der täglichen Ruhezeit (11 Stunden) geht sogar über die Forderung der vbw hinaus, die lediglich für eine Übernahme der Flexibilisierungsmöglichkeiten aus der EU-Arbeitszeitrichtlinie eintritt.
- Der angedachte Rechtsanspruch auf Home-Office bei staatlichen Arbeitgebern ist sehr bedenklich, da er ein Einfallstor für weitergehende Regulierung im privaten Bereich sein kann. Einen Anspruch auf Home-Office im privaten Sektor darf es keinesfalls geben.
- Die Wahrung der Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist immer zu begrüßen, auch wenn aus dem FDP-Papier nicht hervorgeht, auf welche Gestaltungen sich das beziehen soll.

1.5 Positivkriterien für Selbstständige

Position der FDP

Um zu verhindern, dass Freelancer fälschlicherweise als Scheinselbstständige eingeordnet werden, braucht es moderne Positivkriterien.

Bewertung der vbw

Kriterien zur Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung sind dank einer über Jahre gefestigten Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte hinlänglich bekannt. Die Gerichte hatten bei keinem der aktenkundigen Fälle Schwierigkeiten in der Zuordnung. Zudem wird mit dem Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze bereits eine eigenständige Definition des Arbeitsverhältnisses geschaffen. Es bedarf weder neuer Kriterien noch deren gesonderte Festschreibung im Arbeitsrecht. Schwierigkeiten der Sachverhaltsanalyse lassen sich über Kriterienkataloge nicht lösen. Selbständige Tätigkeit darf durch eine Beweislastverschiebung weder diskreditiert noch erschwert werden. Mit Blick auf die Sozialversicherung sollte aber im SGB IV ein Katalog von Positivkriterien aufgenommen werden, mit dem das Vorliegen einer Selbstständigkeit vermutet wird. Diese Kriterien muss der Selbstständige nachweisen. So kann eine rechtssichere Einordnung des Status von Solo-Selbständigen ermöglicht werden.

1.6 Keine weiteren Einschränkungen bei Befristungen

Das klare Bekenntnis, befristete Beschäftigung nicht weiter regulieren zu wollen, ist sehr erfreulich.

1.7 Chancengleichheit ohne Quoten

Position der FDP

Die FDP fordert passende Rahmenbedingungen für alle, flexiblere Arbeitszeiten und passende Betreuungsmöglichkeiten. Angestrebt werden überdies höhere Frauenanteile in Führungspositionen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst. Staatliche Frauenquoten werden dagegen abgelehnt.

Bewertung der vbw

Die Vorschläge sind insgesamt positiv zu bewerten, da grundsätzlich mehr Flexibilität und weniger staatliche Regulierung angestrebt werden.

1.8 Tarifautonomie verteidigen

Die vbw begrüßt, dass die FDP die Tarifautonomie verteidigen will.

Darüber hinaus fordert die vbw, auch das Arbeitskampfrecht gesetzlich zu regeln. Streik und Aussperrung sind klassische Instrumente einer Tarifaueinandersetzung, jedoch in einer globalisierten Wirtschaft nicht mehr zeitgemäß. Wegen der auf Schadensverursachung ausgerichteten Wirkung sollten Arbeitskampfmaßnahmen erst als allerletztes Mittel in Betracht kommen. Heutzutage ist jedoch der Warnstreik eine „Standardmaßnahme“ der Gewerkschaften bei nahezu jeder Tarifverhandlung. Die Verhältnismäßigkeit bleibt außer Betracht. Mediationen bzw. zwingende Schlichtungsverhandlungen können hier weiterhelfen, Arbeitskämpfe zu verhindern. Notwendig bleiben Spielregeln und ein Gleichgewicht der Arbeitskampfmittel.

Eckpunkte einer gesetzlichen Regelung des Arbeitskampfrechts sollten sein:

- Explizite gesetzliche Vorgaben zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
- Obligatorische Schlichtungsversuche
- Pflicht zur Urabstimmung vor jeder Arbeitskampfmaßnahme
- Pflicht zur rechtzeitigen Ankündigung von Arbeitskampfmaßnahmen
- Gesetzliche Sanktionierung von Exzessen
- Konkretisierung des § 612a BGB im Hinblick auf Streikbruchprämien
- Verbot des Arbeitskampfes in Betrieben der Daseinsfürsorge
- Gesetzliche Regelung von Notdiensten
- Verbot des Streiks für Haus- und firmenbezogene Verbandstarifverträge
- Abschaffung der Rechtmäßigkeit von Warnstreiks bzw. gesetzliche Regelung mit klaren Vorgaben
- Verbot von Unterstützungsstreiks
- Ausweitung der mittelbaren Drittwirkung auf fremde Branchen
- Gesetzliche Abschaffung aller Mitbestimmungsrechte während des Streiks

1.9 Arbeitsmarktpolitik

Position der FDP

- Einführung eines „Bürgergeldes“: Zusammenfassung steuerfinanzierter Sozialleistungen wie die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle.
- Um die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren, fordert die FDP die Kombination der finanziellen Leistungen von Bund und Kommunen für Langzeitarbeitslose mit einem produktivitätsgerechten Lohn des Arbeitgebers.

Bewertung der vbw

- Die Diagnose der FDP, dass die derzeitigen Leistungen nicht ausreichend aufeinander und mit dem Steuersystem abgestimmt sowie für die Betroffenen schwer zu durchschauen sind, ist richtig. Es ist allerdings fraglich, ob mit einer Bündelung der genannten Leistungen tatsächlich ein Mehrwert gegenüber der heutigen Ausgestaltung entstünde. Vielmehr würden neue Schnittstellen geschaffen und es besteht das Risiko, dass es zu einem weiteren Anstieg von Komplexität und Bürokratie kommt. Auch für die Umsetzung der Forderung, dass sich die Arbeitsaufnahme mehr als heute lohnen müsste, ist kein Systemwechsel notwendig. Verbesserungen könnten hier zum Beispiel durch eine Anpassung der Hinzuverdienstgrenzen für Arbeitslosengeld II-Empfänger erreicht werden.
- Das von der FDP vorgeschlagene Modell eines Lohnkostenzuschusses ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Zum einen wird die Einstellung von Arbeitssuchenden mit zu erwartender Minderleistung (z. B. aufgrund längerer Arbeitslosigkeit) bereits mit dem sog. Eingliederungszuschuss durch die örtliche Agentur für Arbeit bzw. das örtliche Jobcenter gefördert. Mit diesem Instrument wurde im Jahr 2015 eine Eingliederungsquote für zuvor Langzeitarbeitslose von 73 Prozent erzielt. Des Weiteren gibt es wichtigere Ansatzpunkte, um die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren. Dazu zählt vor allem der gezielte Abbau von Vermittlungshemmnissen bei den Betroffenen, die Einführung einer konsequenten Ziel- und Wirkungsorientierung in der Grundsicherung sowie der Verzicht auf weitere bzw. der Abbau von Regulierungen des Arbeitsmarkts.

2 Steuern und Haushalt

Solide haushalten, Wirtschaft und Bürger entlasten

2.1 Einkommenssteuer

Position der FDP

- Rechtsverschiebung des Einkommensteuertarifs, Abflachung des Mittelstandsbauchs, Belastungsgrenze im Grundgesetz (max. 50 Prozent des Einkommens), Tarif auf Rädern
- Weitergehende steuerliche Absetzbarkeit von Unterhaltsleistungen; steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt (insb. Pflege / Betreuung): Steuerabzug zu 50 statt 20 Prozent; höhere Kinderfreibeträge, bessere Absetzung von Betreuungskosten, Absetzbarkeit von Unterhaltsleistungen

Bewertung der vbw

- Zustimmung
- Die vorgeschlagenen Anpassungen bei der Absetzbarkeit sollten vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit Subventionen und im Kontext familienpolitischer Maßnahmenpakete kritisch-konstruktiv geprüft werden

2.2 Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis Ende 2019

Die Abschaffung Ende 2019 ist. Der Solidaritätszuschlag fließt ab 2020 mit dem Auslauf des Solidarpaktes ausschließlich in den Bundeshaushalt, insofern ist das Datum 2019 politisch ehrgeizig, aber systematisch richtig.

2.3 Wohnungsbau: Abschreibung mit drei Prozent jährlich

Position der FDP

Abschreibung im gewerblichen Wohnungsbau mit drei statt zwei Prozent jährlich; Abschaffung der Mietpreisbremse, Abbau von Verschärfungen im deutschen Recht gegenüber der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie, Zweckbindung der Bundesmittel zur

Wohnungsbauförderung, sachgerechtes Wohngeld statt Subventionierung sozialen Wohnungsbaus

Bewertung der vbw

Das ist aus Sicht der vbw ein zielführender, ordnungspolitisch klarer Kurs. Ein Investitionsimpuls im Wohnungsbau ist notwendig, eine um einen Prozentpunkt höhere Abschreibung ist zielführend und orientiert sich an heute typischen Nutzungsfristen

2.4 Keine Vermögensteuer

Die klare Absage an eine Vermögenssteuer ist sehr zu begrüßen.

2.5 Grunderwerbsteuer

Position der FDP

Freibetrag von 500.000 Euro für natürliche Personen zur Förderung des Eigenheimwerbs

Bewertung der vbw

Zustimmung. Wichtig ist, die Grunderwerbsteuer in der Kompetenz der Länder zu belassen

2.6 Keine Verschärfung der Erbschaftsteuer, Erbschaftsteuerfreiheit zwischen Ehegatten

Die geltende erbschaftsteuerliche Begünstigung von Unternehmen muss an einigen Stellen von Schärpen befreit und gängig gemacht werden. Die vbw tritt auf längere Sicht für die Abschaffung der Erbschaftsteuer ein.

2.7 Bessere Abschreibungsbedingungen

Position der FDP

- *degressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter; verkürzte Abschreibungsfristen für digitale Anlagegüter - höchstens drei Jahre*
- *Höhere Grenze für den sofortigen Betriebsausgabenabzug bei geringwertigen Wirtschaftsgütern*

Bewertung der vbw

- *Zustimmung; das Investitionsgeschehen muss erleichtert, die Abschreibungsbedingungen müssen an den digitalen Wandel angepasst werden*
- *Zustimmung, bei niedriger Priorität*

2.8 Gewerbesteuer

Position der FDP

Abbau der Substanzbesteuerung; Gewerbesteuer langfristig durch kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf Körperschaftsteuer und zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzen

Bewertung der vbw

Der Abbau der Substanzbesteuerung in der Gewerbesteuer ist überfällig. Die Kommunen müssen sich dem Hebesatzwettbewerb in der Gewerbesteuer stellen. Eine grundlegende Weiterentwicklung des Systems der Unternehmensbesteuerung muss im Zuge europäischer steuerpolitischer Harmonisierung angegangen werden, auch vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen zur Unternehmensbesteuerung mit der Tendenz zu niedrigeren Sätzen. Auch in diesem Zusammenhang muss die Thesaurierungsbegünstigung für Personenunternehmen überprüft und weiterentwickelt werden. Denn aktuell wird der thesaurierte Gewinn von Personenunternehmen de facto spürbar höher besteuert als der von Körperschaften. Das benachteiligt Personenunternehmen im Wettbewerb.

2.9 Bilanzierung von Pensionsrückstellungen

Position der FDP

Einheitlicher Zinssatz für Bewertung von Pensionsrückstellungen in der Handels- und der Steuerbilanz; Berechnungszeitraum für den Zinssatz als Durchschnitt über zwölf 12 Jahre

Bewertung der vbw

Zustimmung, damit wird die gegenwärtige Schieflage zwischen Handels- und Steuerbilanz zu Gunsten einer marktgerechten Lösung korrigiert. Ergänzend sollte der private Vermögensaufbau durch eine breitere steuerliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung erleichtert werden.

2.10 Umsatzsteuer

Position der FDP

Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer: Steuer wird erst fällig, wenn der Kunde bezahlt hat. Solange das nicht erreichbar ist Erhöhung der Schwelle von derzeit 500.000 Euro Vorjahresumsatz, bis zu der die Ist-Besteuerung beantragt werden kann.

Bewertung der vbw

Wesentliche Anliegen der vbw auf diesem Feld sind die weitergehende Harmonisierung der Mehrwertsteuer und ihres Vollzugs in der EU und im Zusammenhang mit Bürokratieabbau ein höherer Schwellenwert für die Ist-Besteuerung.

2.11 Auskunftsanspruch

Position der FDP

Anspruch auf verbindliche Auskunft im Steuerrecht

Bewertung der vbw

Zustimmung. Das dient der Rechtssicherheit; im Kontext Rechtssicherheit / Bürokratieabbau sind weitere Maßnahmen notwendig, etwa kürzere Steuerverfahren, ein marktgerechter Verzugszins und eine Einfachreform der Grundsteuer, ggf. geregelt durch die Länder.

2.12 Internationale Besteuerung

Position der FDP

Klare internationale Regeln für fairen Steuerwettbewerb; verbindlicher EU-Rechtsrahmen; internationaler Doppelbesteuerung durch Doppelbesteuerungsabkommen vorbeugen

Bewertung der vbw

Zustimmung. In dem Kontext aufgesetzte Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten von Steuerehrlichen gehen. Gegen internationale Doppelbesteuerung sind neben Doppelbesteuerungsabkommen auch Schiedsverfahren und ein europarechtlicher Rahmen für grenzüberschreitende gemeinsame Betriebsprüfungen erforderlich.

2.13 Haushaltspolitik

Position der FDP

- Altschuldenabbau; Haftung jeder staatlichen Ebene für die eigenen Schulden, dafür Eigenverantwortung im Föderalismus stärken; Insolvenzordnung mit geordneter Gläubigerbeteiligung für Überschuldungsfälle; wirksame Klagemöglichkeiten bei gerügten Verstößen gegen die Schuldenbremse; stärkere Überwachungs- und Kontrollbefugnisse des Stabilitätsrates
- Subventionsbremse im Bundeshaushalt mit stufenweisem Abbau aller Subventionen

Bewertung der vbw

- Die Vorstellungen der FDP entsprechen grundsätzlich denen der vbw. Zur weiteren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte notwendig sind

Wachstum, Eindämmung sozialstaatlichen Sicherungsbedarfs, Investitionsorientierung, Abbaupfade für die Abbaupfade für Staatsverschuldung, effiziente Bewirtschaftung vorhandener Mittel, Vorbereitung auf Zinsrisiken, Abbau impliziter Staatsverschuldung durch generationengerechte Haushaltspolitik, Reform für mehr fiskalische Eigenverantwortung im Föderalismus, Verbindung von Solidarität und Solidität im Sinne „Hilfe nur gegen Auflagen“ sowie Hinterlegung des Ausfallrisikos von Staatsanleihen mit Eigenkapital. Eine Entschuldungspolitik per Inflation lehnt die vbw auch im europäischen Kontext ab.

- Subventionen müssen nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ laufend überprüft werden. Wenn sie – wie etwa gewerbliche Stromsteuervergünstigungen – aus Wettbewerbsgründen gerechtfertigt sind, muss entweder an ihnen festgehalten oder mit der Subvention auch die ursächliche nicht wettbewerbsgerechte Belastung abgebaut werden. Ein Automatismus zum Subventionsabbau wäre nicht zielführend.

3 Digitalisierung, Innovationen, Gründer

Neue Wertschöpfung ermöglichen

3.1 Wettbewerbsrecht fit für die Digitalisierung machen

Position der FDP

Die FDP fordert, dass die Fusionskontrolle der nationalen und europäischen Kartellbehörden nicht nur bei Überschreiten bestimmter Umsatzschwellen greift, sondern zusätzlich auch bei Überschreiten festgelegter Transaktionswerte beim Kauf eines Unternehmens. Sie macht dies am Beispiel des Kaufs von WhatsApp durch Facebook fest, bei dem der Kaufpreis aufgrund der von WhatsApp verwalteten Nutzerdaten deutlich oberhalb des Jahresumsatzes des Nachrichtendienstes lag.

Bewertung der vbw

- Die Forderung ist im Hinblick auf das nationale Recht im Rahmen der 9. GWB-Novelle umgesetzt, die am 09. Juni 2017 in Kraft getreten ist. Zusammenschlüsse müssen künftig bei Überschreitung eines Gegenleistungswerts von 400 Mio. € angemeldet werden, selbst wenn eines der Unternehmen keinerlei Umsatz auf dem deutschen Markt erzielt.
- Die alternative Aufgreifschwelle für die Fusionskontrolle darf auf europäischer Ebene nicht umgesetzt werden. Sie wird zu einem Mehr an bürokratischem Aufwand für die Unternehmen führen, ohne dass ein wettbewerbspolitischer Bedarf erkennbar wäre. Im Ergebnis droht wegen eines einzigen angeblichen Präzedenzfalls (Facebook / WhatsApp) eine systemfremde Vermischung des EU-Aufgreifsystems der umsatzbasierten Anmeldeschwellen mit dem US-System („size of transaction“).

3.2 Modernes Urheberrecht

Position der FDP

Die FDP fordert ein auch in der digitalen Welt wirksames Urheberrecht, das einen einfachen Rechteerwerb und die unbürokratische und transparente Beteiligung der Urheber an der Verwertung ihrer Werke ermöglicht. Eine Modernisierung des Urheberrechts muss aber zugleich Start-ups die Möglichkeit eröffnen, einfach und rechtssicher die

erforderlichen Lizenzen zu erwerben, um mit ihren Investitionen und mit der Verbreitung geistiger Leistungen Geld verdienen zu können.

Bewertung der vbw

Auch aus Sicht der vbw muss das Urheberrecht modernisiert werden. So muss beispielsweise eine praxisgerechte Nutzung von (digitalen) Inhalten im Bildungsbereich ermöglicht, dabei zugleich aber auch für den Wert geistigen Eigentums sensibilisiert werden. Selbstverständlich ist zugleich eine angemessene und praktikable Vergütung für die Urheber sicherzustellen. Hier sollten neue Möglichkeiten der Lizenzierung und Finanzierung geprüft werden.

3.3 Open Data und Open Government

Position der FDP

Open-Data und Open-Government-Strategie: nicht unternehmens- oder personenbezogene Daten der Verwaltung maschinenlesbar frei zugänglich machen

Bewertung der vbw

Zustimmung; auf Bundesebene wurden die gesetzlichen Voraussetzungen bereits geschaffen und müssen jetzt umgesetzt werden. Ziel muss es ferner sein, Open (Government) Data auch auf europäischer Ebene voranzutreiben.

3.4 Datenschutz, Datennutzung

Position der FDP

- Bürgerinnen und Bürger Verfügungsgewalt über ihre personenbezogenen Daten haben, „Opt-In“-Lösung. Auch nach Einwilligung in die Verwendung muss die tatsächliche Nutzung nachvollziehbar bleiben.
- Schaffung eines Nutzungsrechts an maschinell erfassten und gespeicherten nicht-personenbezogenen Daten nicht nur für die Hersteller der Maschinen, sondern auch für deren Nutzer.

Bewertung der vbw

- Der Umgang mit personenbezogenen Daten ist im Bundesdatenschutzgesetz sowie in der Datenschutz-Grundverordnung geregelt, ein hohes Schutzniveau gewährleistet. Gleichwohl empfiehlt auch die vbw, von vornherein auf Privacy by Design zu setzen und Transparenz über die Datenverwendung zu gewährleisten, beispielsweise im automatisierten und vernetzten Kfz. Zusätzliche gesetzliche Regelungen sind hierfür aber nicht notwendig. Vielmehr müssen die bestehenden Möglichkeiten zu Anonymisierung und Pseudonymisierung optimiert und die Einwilligungsmöglichkeiten praxisgerecht ausgestaltet werden.
- Zum „Nutzungsrecht“: Über das Datenschutzrecht hinaus, das ohnehin schon teilweise eine abschottende Wirkung hat, dürfen keine Ausschließlichkeitsrechte geschaffen werden, die eine künstliche Datenverknappung bewirken und so die Aussagekraft von Datenanalysen (z.B. Big Data) sowie die Nutzungspotenziale insgesamt verschlechtern. Lösungen sind über vertragliche Gestaltungen zwischen den bei der Datenerhebung und -verarbeitung Beteiligten anzustreben. Erst wenn sich zeigt, dass über vertragliche Gestaltungen keine interessengerechte Rechtsgestaltung möglich ist – oder aber sich im Gegenteil eine gefestigte Praxis gebildet hat, die kodifiziert werden kann, um beispielsweise mit anderen Regelungen daran anknüpfen zu können –, ist an eine gesetzliche Regelung zur Datenzuordnung und -verwertung zu denken.

3.5 Verbesserung der nationalen und europäischen Datensicherheit

Position der FDP

- Weiterentwicklung von Verschlüsselungstechnologien sowie der Sicherheit von Speichern und Zugriffssystemen
- Verbesserung der nationalen und europäischen Strategie zur Datensicherheit (Cyber Security).

Bewertung der vbw

Zustimmung. Mit zunehmender Digitalisierung gewinnt das Thema Cyber Security noch mehr an Bedeutung. Dementsprechend muss hier unter anderem ein Schwerpunkt bei der Forschungsförderung gesetzt werden. Insbesondere für den Mittelstand sind geeignete Angebote erforderlich, die den Unternehmen bei der Umsetzung einer Cybersicherheitsstrategie helfen. Die Verbesserung der nationalen und europäischen Strategie zur Datensicherheit darf allerdings nicht zu neuen bürokratischen Belastungen führen.

3.6 Besserer Schutz von Daten, die in die USA übermittelt werden

Position der FDP

Die FDP fordert, einen wirksamen Datenschutz in Freihandelsabkommen wie TTIP mit aufzunehmen, da es aus Sicht der FDP mit dem vereinbarten „Privacy Shield“ nur unzulänglichen Schutz gibt.

Bewertung der vbw

Die Forderung der FDP, eine schnelle, rechtssichere und technisch durchsetzbare Lösung für den transatlantischen Datenaustausch zu finden, ist zu begrüßen. Bei aller Kritik am Privacy Shield-Abkommen von Seiten der Datenschützern ist jedoch fraglich, ob die Aufnahme der datenschutzrechtlichen Regelungen in ein Freihandelsabkommen eine Lösung darstellt. Denn entscheidend ist, ob das Datenschutzniveau angemessen ist. Hierzu müsste seitens der Vereinigten Staaten die Bereitschaft bestehen, sich zur Einhaltung bestimmter datenschutzrechtlicher Grundsätze zu verpflichten, was fraglich ist.

3.7 Mittelstand und Gründerförderung

Position der FDP

- Mittelstandsklausel für den Bund: alle Gesetze und Verordnung speziell auf ihre Auswirkungen auf den Mittelstand prüfen
- Gründer sollen von ihrer Hochschule mehr Unterstützung erhalten – beispielsweise durch die Vergabe von Urlaubssemestern und eine fachübergreifende Entrepreneur-Schulung.
- Schaffung einer zentralen behördlichen Anlaufstelle für Gründer. Gründer sollen weniger Bürokratieaufwand betreiben müssen. „Bürokratiefreies Jahr“ für Start-ups
- Bedingungen für Gründungen weiter verbessern: Doppelter Gewerbesteuer-Freibetrag drei Jahre nach der Gründung, Freibetrag auch für Kapitalgesellschaften; Venture-Capital-Gesetz, u. a. Abbau Substanzbesteuerung, transparente Besteuerung von VC-Gesellschaften, keine steuerliche Diskriminierung von Eigenkapital, uneingeschränkter Verlustvortrag, erleichterte Finanzierung in Wagniskapital

Bewertung der vbw

Grundsätzlich decken sich die vorgeschlagenen Maßnahmen mit den Vorstellungen der vbw; unklar ist allerdings, wie ein „bürokratiefreies Jahr“ ausgestaltet sein sollte und ob beispielsweise Vorgaben dann im zweiten Jahr nachgeholt werden müssten. Sinnvoller erscheinen hier gezielte Erleichterungen und Ausnahmeregelungen für Start-ups.

3.8 Forschung und Technologie

Position der FDP

- Wesentliche mit öffentlichem Geld finanzierte Ergebnisse und Publikationen sollen unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein.
- Hochschulen müssen mit anderen Akteuren außerhalb der Hochschulen zusammenarbeiten können
- Steuergutschrift für bestimmten Prozentsatz der F+E-Personalaufwendungen als technologieoffene steuerliche Forschungsförderung

Bewertung der vbw

- Eine Open-Access-Politik ist grundsätzlich richtig; wichtig ist dabei auch, dass die Ergebnisse so aufbereitet werden, dass öffentliche finanzierte Forschungsergebnisse in der Breite der Unternehmen zur Kenntnis genommen und genutzt werden können (Wissenstransfer). Dabei sind Ergebnisse mit Sicherheitsrelevanz und Interessen der an der Forschung beteiligten Unternehmen hinsichtlich der Verwertung ihrer Innovationen angemessen zu berücksichtigen.
- Eine stärkere Zusammenarbeit der Hochschule mit externen Akteuren entspricht der Position der vbw.
- Die Steuergutschrift für Personalaufwendungen kann ein Einstiegsmodell sein. Ziel bleibt aber aus Sicht der vbw eine allgemeine steuerliche Forschungsförderung.

4 Energie, Umwelt, Klima

Neustart in der Energiepolitik

4.1 Stromerzeugung, Strommarkt

Position der FDP

- Für Erneuerbare sollen künftig die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten; Technologieneutralität soll gelten; das EEG soll mitsamt der Regeln für Einspeisevorrang und -vergütung abgeschafft werden.
- Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau absenken
- Einsatz für vielfältigen Energiemix; Offenheit für neue Technologien, fossile Energieträger sind auf absehbare Zeit unverzichtbar.
- Tempo beim Zubau erneuerbarer Energien muss mit dem Ausbaustand der Übertragungsnetze, der Power-to-X Technologie und Verteilnetze im zusammenwachsenden europäischen Energiebinnenmarkt sowie der Entwicklung von Speicher- und Steuerungstechniken zusammenpassen.

Bewertung der vbw

Es ist sehr zu begrüßen, dass die FDP einen Ausstieg aus dem EEG anstrebt und die Stromkosten reduzieren will. Auch im Übrigen decken sich die Vorstellungen mit denen der vbw.

4.2 Europäische Energiepolitik

Position der FDP

- Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen, in dessen Zentrum Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz stehen.
- Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abschließen; transeuropäischen Netzausbau stärken
- Das europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) als marktwirtschaftliches Steuerungssystem muss gestärkt aus der aktuellen Reform hervorgehen und weitere Sektoren mit einschließen.

Bewertung der vbw

Zustimmung; dabei muss auch eine europäische Energiewende marktwirtschaftlichen Grundsätzen folgen. Zentral ist, dass bei einer fortschreitenden Liberalisierung die Versorgungssicherheit auf dem bisherigen hohen Niveau bleibt muss und „Economies of Scale“ konsequent realisiert werden. Der EU-ETS ist das europäische Leitinstrument zur kosteneffizienten Emissionsminderung.

4.3 Klimapolitik national und international

Position der FDP

- Vernünftige, international abgestimmte Klimapolitik auf Basis des Pariser Klimaschutzabkommens; Ablehnung nationaler Alleingänge; Klimaschutzpolitik braucht realistische Ziele, muss marktwirtschaftlich organisiert und technologieoffen gestaltet sein und darf die Sicherheit der Energieversorgung nicht gefährden.
- Emissionshandel soll zentrales Klimaschutzinstrument sein; Emissionshandelssystem soll erweitert werden um weitere teilnehmende Staaten und ggf. weitere Sektoren.
- Potenziale der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen („Sektorkopplung“) bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen.

Bewertung der vbw

Zustimmung. Die Potenziale der Sektorkopplung müssen strikt nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erschlossen werden.

4.4 Keine klimapolitisch motivierten Zwangsmaßnahmen

Position der FDP

Ablehnung von Zwangsmaßnahmen wie Verbot von Verbrennungsmotoren und mit staatlichem Zwang verbundene Digitalisierung des Energiemarktes

Bewertung der vbw

Das klare Bekenntnis ist sehr zu begrüßen. Zwangsmaßnahmen sind nicht zielführend, marktwirtschaftliche Prinzipien müssen gewahrt bleiben.

4.5 Umwelt

Position der FDP

- Einer Symbol- und Verbotspolitik Fortschrittsoptimismus durch Freiheit und Verantwortung entgegensetzen
- Umweltschutz durch innovative Technologien und effektive Produktionsprozesse
- Zukunft der Artenvielfalt sichern, bevorzugt durch freiwillige Maßnahmen und eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutz

Bewertung der vbw

- Es ist zu begrüßen; dass die FDP mehr Freiheit und Verantwortung im Umweltbereich befürwortet. Die vbw unterstützt das Ziel, die biologische Vielfalt zu schützen und zu fördern sowie die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu nutzen. Dem freiwilligen, flexiblen und kooperativen Naturschutz ist Vorrang einzuräumen.
- Die Belange des Umweltschutzes und der Wirtschaft sind gegeneinander abzuwägen und grundsätzlich gleichrangig zu berücksichtigen. Der heimische Standort darf seine Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit durch überzogene Vorreiterrollen nicht verlieren.

5 Mobilität und Kommunikation

Infrastruktur zukunftsfähig ausbauen, innovative Mobilitätsansätze fördern

5.1 Mobilität, Verkehrsinfrastruktur

Position der FDP

- Die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur erhöhen; Planungsprozesse optimieren;
- keine Pkw-Maut;
- Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn, Börsengang der Betriebsgesellschaften
- Chancen durch intelligente Verkehrssysteme auf Straße, Schiene, Wasser, Luft und Mobilität 4.0 mit vollautomatisiertem und autonomem Fahren nutzen; intelligente Verkehrsbeeinflussungsanlagen (u.a. für grüne Wellen) ausbauen;
- Wirtschaftlichkeit muss über Realisierung als staatliches oder ÖPP-Projekt entscheiden

Bewertung der vbw

- Bis auf die Ablehnung der Pkw-Maut, die aus Sicht der vbw zusätzliche Mittel für den Straßenbau generieren soll, und den in Aussicht gestellten Börsengang der DB-Betriebsgesellschaften, dessen Sinnhaftigkeit angesichts der Erlösstrukturen fraglich ist, sind die Aussagen zu begrüßen.
- Das Bekenntnis der FDP zu den Möglichkeiten der Digitalisierung, insbesondere zum vollautomatisierten und autonomen Fahren ist zu begrüßen; Voraussetzung sind neben Anpassungen des Rechtsrahmens aber auch hoch leistungsfähige digitale Kommunikationssysteme bis hin zum neuen Mobilfunkstandard 5G.

5.2 Digitale Infrastruktur auf dem Neusten Stand

Position der FDP

- Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes, Ausschreibung in Regions-Clustern, Mietzugang aller Provider zu diesem Netz;
- Netzneutralität

- Verstärkter Ausbau von freiem WLAN im öffentlichen Raum; Abbau der Störerhaftung

Bewertung der vbw

- Der weitere Ausbau hochleistungsfähiger Kommunikationsnetze ist zwingend erforderlich und muss so weit wie möglich über den Markt gestaltet werden.
- Netzneutralität ist auch aus Sicht der vbw richtig. Spezielle sicherheitsrelevante Anwendungen (z.B. Echtzeitkommunikation im vernetzten Verkehr), die klar vom Gesetzgeber zu definieren sind, müssen im Bedarfsfall Vorrang erhalten; ansonsten müssen alle gleichberechtigt auf das Netz zugreifen können. Das setzt den Ausbau eines sehr leistungsfähigen Netzes voraus, dass grundsätzlich allen Kommunikationsbedürfnissen gleichzeitig genügen kann.
- Die Störerhaftung wurde bereits bundesgesetzlich abgebaut. Freies WLAN ist für private Nutzungen ein attraktives Angebot, entspricht aber nicht den Sicherheitsstandards, die sich Unternehmen für die digitale Kommunikation mobiler Mitarbeiter wünschen. Notwendig ist ein flächendeckend bedarfsgerechter Ausbau der Mobilfunkkapazitäten.
- Es fehlt hier eine explizite Nennung des 5G Standards, der zügig unter Berücksichtigung der Anforderungen aus Sicht der wichtigsten Nutzergruppen – insbesondere auch der Industrie 4.0 und des Verkehrs – definiert, erprobt entwickelt und flächendeckend umgesetzt werden muss.

6 Sicherheit

Stabilität und Freiheit gewährleisten

6.1 Innere, Äußere und Cyber-Sicherheit

Position der FDP

- Finanzausstattung von Justiz und Polizei verbessern; Ausrüstung der Sicherheitsbehörden muss eine effektive Bekämpfung von Bedrohungen ermöglichen;
- Sicherheitsbehörden von nebensächlichen Aufgaben entbinden;
- internationale Kooperation zur Terrorismusbekämpfung besser koordinieren;
- Justiz und Sicherheitsbehörden im Bereich Cyberkriminalität laufend weiterbilden; Sicherheitsarchitektur und -einrichtungen in Deutschland straffen, stärken und besser koordinieren; abgestimmte Strategie zum Schutz privater Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen schaffen
- digitale Infrastruktur durch Weiterentwicklung von Verschlüsselungstechnologien und bessere Sicherheit bei Speichern und Zugriffssystemen schützen

Bewertung der vbw

Zustimmung

6.2 Bekenntnis zu NATO und gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

Dem ist aus Sicht der vbw zuzustimmen. Westliche Wertevorstellungen eines liberalen Wirtschaftssystems, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten prägten bislang das Handeln aller großen internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation oder NATO. Eine Stärkung der NATO und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und den USA müssen weiterhin erklärte Ziele der Bundesregierung sein.

7 Bildung

Kulturhoheit der Länder bewahren

Position der FDP

- Bildungsausgaben drastisch erhöhen und Bildungsfinanzierung anpassen, u.a. durch Reform des Bildungsföderalismus. Angedacht ist etwa eine länderübergreifende Hochschulfinanzierung, die Finanzierung von Kindergärten und Schulen durch Bildungsgutscheine, eine elternunabhängige Ausbildungsförderung für volljährige Schüler, Auszubildende und Studierende sowie nachgelagerte Studiengebühren, staatl. Bezuschussung von jedem Bildungseuro, eine bessere Bezahlung und Ausbildung von Kita-Personal
- Digitalisierung der Bildung, Ausbildung und Weiterbildung vorantreiben, z.B. durch Investitionen in Technik und Modernisierung pro Schüler i.H.v. 1.000 Euro, einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern zur Regelung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur, Verankerung des Themas Digitalisierung in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, Förderung der Medienkompetenz, Evaluation von Schulen und Lehrern sowie eine transparente Darstellung entsprechender Qualitätsanalysen im Internet, Online-Zugang zu Lehrmaterialien an öffentlichen Hochschulen
- Chancengerechtigkeit in der Bildung steigern, z.B. durch umfassende Sprachförderung der Kinder vor der Einschulung und Realisierung eines inklusiven Bildungssystems
- Stärkung der dualen Ausbildung, z.B. durch Einführung einer Exzellenzinitiative der beruflichen Bildung und den Ausbau der europäischen Austauschprogramme, sowie Stärkung der Weiterbildung
- Eigenständigkeit der Schulen ausbauen, z.B. Entscheidungsrecht über Haushalt, Profil und Personal, und Schulen in freier Trägerschaft gleichwertig unterstützen
- Leistungsorientierte Förderung von mindestens 15 Prozent der Studierenden mit Stipendien
- MINT-Bildung, Gründergeist an Hochschulen (z.B. durch Urlaubssemester), gesellschaftlich relevante Bildungsthemen wie Diversity Management und Programme gegen Extremismus, Rassismus oder Homo- oder Transphobie stärken und unterstützen

Bewertung der vbw

- Der bildungspolitische Ansatz der FDP geht in die richtige Richtung und deckt sich in großen Teilen mit den Forderungen und Empfehlungen der vbw.

Insbesondere in den Bereichen Stärkung, Transparenz und Wettbewerbsfähigkeit, Eigenverantwortung und Qualifizierung des pädagogischen Personals, Stärkung der dualen Ausbildung und lebenslanges Lernen sowie in den Bereichen MINT-Förderung, Studiengebühren und Gründergeist besteht weitgehende Übereinstimmung mit unseren Positionen.

- In einem Punkt unterscheiden wir uns sehr deutlich: Die FDP fordert eine grundsätzliche Reform des Bildungsföderalismus, insbesondere mit Blick auf die Hochschulfinanzierung. Hier können wir nicht mitgehen, die Kulturhoheit der Länder muss auch in Zukunft erhalten bleiben.
- Bei einigen Vorhaben bleibt zudem abzuwarten, wie sich die konkrete Umsetzung gestalten soll. Zu hinterfragen ist beispielsweise, wie sich die FDP die Evaluationen von Schulen und Lehrern sowie die Darstellung derartiger Qualitätsanalysen im Internet vorstellt. Das Lehrpersonal darf nicht alleine vom Wohlwollen der Schüler- und Elternschaft abhängig sein.

8 Europa, Außenwirtschaft

Starke Wirtschaftsbeziehungen als Garant für Wohlstand und Frieden

8.1 Reformen für eine bessere EU

Position der FDP

- Institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU.
- Das europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Es muss zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden.
- Die Kommission soll sich nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebenen überlassen.

Bewertung der vbw

Die Haltung der Freien Demokraten entspricht weitestgehend der Positionierung der bayerischen Wirtschaft. Die Funktionalität der europäischen Institutionen muss nach demokratischen Prinzipien erhöht werden. Wir brauchen nicht mehr, sondern ein besseres Europa.

Die Europäische Union als Staatenverbund hat die Gesetzgebungszuständigkeit nur, soweit sie ihr von den Mitgliedstaaten in den Verträgen ausdrücklich übertragen wurde (Art. 5 Abs. 1 und 2 EU-Vertrag). Daneben gilt das Subsidiaritätsprinzip. Von diesem Prinzip sollte grundsätzlich nicht abgewichen werden. Die Harmonisierung des europäischen Rechts sollte dabei die Ausnahme bleiben und sich nur auf bestimmte, von den Mitgliedstaaten festgelegte Bereiche beschränken (z.B. Datenschutz), wo EU-weit einheitliche Vorgaben unerlässlich sind. Mit großer Skepsis beobachtet die vbw, dass die Kommission die EU zunehmend in Richtung eines sozialen Europa weiterentwickeln will. Dieser Entwicklung muss entgegengewirkt werden. Es muss deutlich werden, dass eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik ist. Auch in diesem Punkt stimmt die Forderung der FDP mit der der vbw überein.

Folgende Aspekte sind bei den notwendigen Reformen ebenfalls zu beachten:

- Dem Rat der Europäischen Union muss auch weiterhin eine stärkere Rolle zukommen als die einer bloßen Länderkammer, da es sich bei der EU um einen Staatenverbund und keinen Bundesstaat handelt und daher nationale Souveränitätsrechte gewahrt bleiben müssen.

- Es muss auf eine stärkere Abbildung der Bevölkerungsanteile in den demokratisch legitimierten Institutionen der EU hinarbeiten.
- Gesetzgebungsverfahren müssen nach dem Diskontinuitätsprinzip nach Ablauf einer Legislaturperiode verfallen.

8.2 Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

Position der FDP

- Die Vereinfachung der europäischen Integration durch ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“.
- Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses hin zu einer dezentral und bundesstaatlich verfassten Europäischen Union.

Bewertung der vbw

Die Forderung, bundesstaatliche Strukturen zu schaffen, ist abzulehnen. Die mit dem Vertrag von Maastricht geschaffene Europäische Union ist als Staatenverbund konzipiert, bei dem die Mitgliedstaaten die Herren der Verträge (Kompetenz-Kompetenz) bleiben und die Zuständigkeiten der EU dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung folgen. Sie ist daher mehr als ein bloßer Staatenbund. Die Konstruktion des Staatenverbunds wurde mit dem 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon gefestigt. Das Grundgesetz erlaubt ein Beitritt Deutschlands zu einem europäischen Bundesstaat nicht.

8.3 Finanzmarkt, Euro, Unternehmensfinanzierung

Position der FDP

- Euro durch Haushaltsdisziplin nachhaltig stabilisieren; keine Haftung für Schulden anderer Mitgliedsstaaten; Zins als ökonomische Schuldenbremse; EMS-Finanzhilfen nur nach den dafür vorgesehenen Kriterien, langfristiges Auslaufen des EMS; keine Staatsfinanzierung durch die Notenpresse, Staateninsolvenzordnung für die Eurozone mit Schuldenumstrukturierung als Ausweg; geregeltes Austrittsverfahren aus dem Euro-Gebiet ohne Austritt aus der EU; keine Privilegierung von Staatsanleihen in der Bankenregulierung, automatische Sanktionen für den Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Niedrigzinspolitik der EZB beenden
- Bargeld erhalten

- Konsequente Anwendung des europäischen Bankenabwicklungsmechanismus, staatliche Rekapitalisierung nur im absoluten Ausnahmefall, keine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung, differenzierte Regulierung für kleine und mittlere Kreditinstitute
- rechtlichen Rahmen bei der Finanzierung für junge Unternehmen vereinfachen; für Crowdfunding unkompliziertere und attraktivere Vorschriften schaffen

Bewertung der vbw

Zustimmung. In der Entscheidung über die Zinspolitik ist die EZB allerdings unabhängig. Die Voraussetzung für eine Zinswende muss durch Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und wachstumsorientierte Politik verbessert werden.

8.4 Außenwirtschaft

Position der FDP

- Small Ticket-Lösung im Hermes-Bürgschaftsprogramm schaffen. Außenwirtschaftsbürokratie durch Abbau identischer und zeitintensiver Doppelprüfungen
- Sicherstellen, dass durch richtig verhandelte Doppelbesteuerungsabkommen aggressive Besteuerung im Ausland verhindert wird und Auslandsaufträge rentabel bleiben.
- Hindernisse beseitigen, die den Grenzübertritt in der EU im digitalen Bereich erschweren.
- Klares Bekenntnis zum Freihandel: Stärkung multilateraler, rechtebasierter Handelsbeziehungen und der Welthandelsorganisation (WTO) als zentralem Ort zur Schaffung eines gerechten globalen Welthandelssystems
- Strategie einer erneuerten transatlantischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten auf allen politischen Feldern und Eintreten für die Politik des Freihandels gegenüber den USA.
- Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber Russland, solange Präsident Putin seine Interventionspolitik in der Ukraine fortsetzt. Im Falle einer erneuten militärischen Eskalation müssen die Sanktionen gegen Russland weiter verschärft werden. Die Sanktionen sollen bei einem substantiellen Einlenken der russischen Regierung gelockert bzw. aufgehoben werden.
- Beim Brexit ein „Rosinenpicken“ Großbritanniens verhindern und eine jederzeitige Rückkehr des Landes in die EU ermöglichen. Die Aufgabe grundlegender Prinzipien des Binnenmarkts kommt nicht infrage.

Bewertung der vbw

- *Die Positionen der FDP decken sich mit Ausnahme der Haltung zu den Sanktionen gegenüber Russland mit denen der vbw und sind sehr zu begrüßen.*
- *Die bisherigen EU-Sanktionen konnten nicht zu einer Entschärfung des Russland-Ukraine-Konfliktes beitragen. Vielmehr haben sich die politischen Beziehungen zwischen Russland und der EU verschlechtert, wirtschaftlich schaden sie den Mitgliedstaaten der EU ebenso wie Russland. Die EU würde sich mit einer weiteren Verlängerung der Sanktionen die Chance nehmen, durch eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen dem Friedensprozess eine positive Dynamik zu geben.*

9 Zuwanderung, Asyl

Integration in unseren Arbeitsmarkt

9.1 Einwanderungsgesetz

Position der FDP

Die FDP fordert die Einführung eines Einwanderungsgesetzes mit Punktesystem. Mögliche Kriterien sind dabei Bildungsgrad, Alter, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung.

Bewertung der vbw

Die Forderung ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Zum einen wird die Zuwanderung aus Drittstaaten bereits durch den bestehenden zuwanderungsrechtlichen Rahmen gesteuert, der zudem in den letzten Jahren erheblich liberalisiert wurde. Darüber hinaus ist die Einführung eines Punktesystems mit beträchtlichen Risiken verbunden, hinter die bestehenden Zuwanderungsmöglichkeiten zurückzufallen. Die Erfahrungen aus dem Ausland verdeutlichen, wie schwer es ist, ein Einwanderungssystem zu entwickeln, das auf die aktuellen Arbeitsmarktbedürfnisse reagieren kann.

9.2 Asyl, Flüchtlingsintegration

Position der FDP

- Sofortiges Teilnahmerecht für Flüchtlinge am Unterricht unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Einführung eines neuen Schutzstatus für Kriegsflüchtlinge verbunden mit einer Aufenthaltsdauer für die Dauer des Krieges
- Einführung eines neuen modularen Integrationsprogramms mit individuellen Bausteinen
- Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse
- Optimierung des Arbeitsmarktzugangs für Geflüchtete, z.B. durch Ausnahmen vom Mindestlohn oder Aufhebung der Vorrangprüfung
- Keine Obergrenzen beim Menschenrecht auf Asyl, schnelle Durchführung von Asylverfahren und Einführung der Möglichkeit, Asylanträge bereits im Ausland zu stellen

- Fluchtursachen sollen vor Ort bekämpft und eine europäische Lösung gefunden werden, letzteres über eine Ausweitung der regulären Migration und durch eine Ablösung des Dublin-Verfahrens durch ein Verteilsystem innerhalb der EU sowie eine europäisch abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit

Bewertung der vbw

- In vielen Vorhaben besteht Einigkeit mit den Positionen der FDP. Dies gilt insbesondere für die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Beschleunigung von Asyl- und Anerkennungsverfahren oder die Forderung nach einer europäischen Lösung.
- Die Einführung eines modularen Integrationsprogramms ist ein diskussionsfähiger Ansatz, allerdings bliebe hier zu prüfen, inwieweit ein Mehrwert gegenüber den bestehenden Förderstrukturen erzielt werden kann.
- Manche Vorhaben sind schwer umsetzbar, wie zum Beispiel die Forderung nach einem humanitären Visum, die jüngst der EuGH zurückgewiesen hat.
- Der vorgeschlagene neue Schutzstatus nach der Dauer des Kriegs ist durch den subsidiären Schutz bereits gegeben.

10 Soziale Sicherung

Generationengerechte und demografiefeste Lösung finden

10.1 Belastungsgrenze für Steuern und Sozialabgaben (50 Prozent)

Der Vorschlag ist zu begrüßen. Die Steuer- und Abgabenbelastung ist in Deutschland schon heute im internationalen Vergleich sehr hoch. Weitere Belastungen des Einzelnen müssen verhindert werden, um Spielräume für eigenverantwortliches Handeln, z.B. bei der Altersvorsorge, zu lassen.

10.2 Schuldenbremse 2.0

Position der FDP

Im Grundgesetz soll eine Schuldenbremse für die Sozialversicherungssysteme verankert werden. Diese soll festschreiben, dass versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht aus den Kassen der Sozialversicherung finanziert werden sollen.

Bewertung der vbw

Der Vorschlag ist zu begrüßen. Es lässt sich schon heute die Tendenz beobachten, dass über die Sozialversicherungszweige Umverteilung betrieben wird, indem gesamtgesellschaftliche Aufgaben durch die Beiträge zur Sozialversicherung finanziert werden. Diese Entwicklung muss gestoppt werden, denn der soziale Ausgleich muss über Steuermittel organisiert werden.

10.3 Rücknahme der Regelungen zur Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen

Im Zuge des zweiten Bürokratieentlastungsgesetzes wurde für alle Unternehmen die Möglichkeit geschaffen, das erleichterte Beitragsabrechnungsverfahren zu nutzen. Damit wurde ein Kompromiss gefunden, der die Interessen der Wirtschaft und der Sozialversicherungsträger in Ausgleich bringt. Eine Rückkehr zur alten Regelung würde die Sozialversicherungsträger durch eine einmalige Finanzierungslücke belasten und damit potentielle Beitragssatzsteigerungen auslösen. Diese gilt es aber zu verhindern.

10.4 Flexible Altersvorsorge für moderne Erwerbsbiografien

Position der FDP

- Die FDP setzt sich für einen flexibleren Übergang in den Ruhestand ein. Hierzu soll das starre Renteneintrittsalter abgeschafft werden und die Hinzuverdienstgrenzen wegfallen. Ab 60 soll jeder selber entscheiden können, wann er in Rente geht. Einzige Voraussetzung ist, dass das Einkommen aus Rente und sonstiger Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt.
- Die Altersvorsorge soll nach dem Baukastenprinzip organisiert werden. Da ein Absenken des Rentenniveaus unvermeidbar ist, muss die private und betriebliche Vorsorge attraktiver werden. Hierzu sollen z. B. breitere Investitionsmöglichkeiten bei der geförderten Altersvorsorge beitragen und die Riester-Förderung für Selbstständige geöffnet werden. Grundsätzlich sollen Selbstständige künftig über eine freigeählte Basisabsicherung fürs Alter vorsorgen.
- Durch ein persönliches freiwilliges Vorsorgekonto soll jeder Bürger einen Überblick bekommen, wie viel Rente man später aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge erhält.
- Die betriebliche Altersvorsorge soll weiter gestärkt werden und die Vorteile der aktuellen Betriebsrentenreform allen Unternehmen (unabhängig von einem Tarifvertrag) zugänglich gemacht werden. Außerdem sollen Arbeitgeber, die Direktzusagen geben, weiter entlastet werden, indem der Berechnungszeitraum für den handelsrechtlichen Abzinsungssatz auf zwölf Jahre ausgedehnt wird und die Bewertung von Pensionsrückstellungen in der Handels- und Steuerbilanz vereinheitlicht wird.
- In Reaktion auf die anhaltende Niedrigzinsphase sollen breitere Investitionsmöglichkeiten für Kapitalsammelstellen geschaffen werden. Lebensversicherer, Pensionskassen und Versorgungswerke sollen verstärkt in Aktien, Infrastrukturprojekte und Unternehmensbeteiligungen investieren können.

Bewertung der vbw

- Die Vorschläge sind insgesamt positiv zu bewerten. Eine weitgehende Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Beruf, verbunden mit einer Abschaffung des festgelegten Renteneintrittsalters würde zwar weitreichende Änderungen in unserem Rentensystem nach sich ziehen, aber zugleich die Diskussion über das „richtige“ Renteneintrittsalter obsolet machen. Individuelle Bedürfnisse könnte so besser abgebildet werden.
- Auch die Forderung, die private und betriebliche Vorsorge weiter zu stärken und attraktiver zu gestalten ist zu begrüßen. Das Ziel der Weiterverbreitung der zusätzlichen Altersvorsorge muss weiter verfolgt werden, um eine

Absicherung des Lebensstandards im Alter zu garantieren. Die Vorschläge der FDP sind dazu geeignet, positive Impulse für die geförderte private Altersvorsorge und die betriebliche Altersvorsorge zu setzen. Mit Blick auf letztere ist positiv hervorzuheben, dass sich die FDP sich für die Gleichbehandlung von Pensionsrückstellungen in der Handels- und Steuerbilanz einsetzt.

- Auch der Vorschlag, verbesserte Kapitalanlagemöglichkeiten für klassische Altersvorsorgeprodukte zu schaffen ist sinnvoll. Durch den langen Anlagehorizont in der Altersvorsorge können Kapitalmarktschwankungen ausgeglichen werden und so durch Anlage in Aktien und alternativen Anlageformen höhere Renditen erzielt werden als bisher.

11 Gesundheit und Pflege

Versorgung mit Bezahlbarkeit in Einklang bringen

Position der FDP

- Die FDP will mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen und größere Differenzierungsmöglichkeiten. Dies betrifft v. a. die Gesetzlichen Kassen. Allerdings ist auch eine starke Säule der Privaten Krankenversicherungen gewünscht. Eine Einheitsversicherung wird dagegen abgelehnt.
- Auch der Wettbewerb zwischen den Systemen der GKV und PKV soll verbessert werden. Ebenso reformiert werden soll der Morbi-RSA. Die ambulante Versorgung soll gestärkt werden, u. a. über die Abschaffung der Budgetierung. Die Situation der Krankenhäuser soll u. a. durch eine stärkere Investitionsförderung verbessert werden.
- In der Pflege will die FDP die Bürokratielasten senken und so mehr Zeit für die Arbeit am Mensch schaffen. Zudem soll es mehr gesellschaftliche Wertschätzung der Pflege geben, auch durch eine höhere Bezahlung.
- Im Bereich der Apotheken fordern die Liberalen mehr Freiheiten für die inhabergeführten Apotheken, damit diese mit dem Versandhandel auch aus dem Ausland konkurrieren können. Ein pauschales Versandhandelsverbot lehnt die FDP ab. Dagegen sollten die inhabergeführten Apotheken die Möglichkeit haben, Abrechnungsmöglichkeiten für besondere Leistungen, etwa in der individuellen Beratung, abzurechnen.
- Palliativmedizin und Hospizwesen sollen weiter ausgebaut werden.

Bewertung der vbw

Die Forderungen sind grundsätzlich zu unterstützen. Speziell das Bekenntnis für die Dualität und gegen eine Einheitsversicherung ist positiv zu werten. Beim Thema „Durchlässigkeit zwischen PKV und GKV“ ist jedoch auf die Ausgestaltung zu achten. Erfreulich ist auch die Einsicht, dass der Morbi-RSA einer Korrektur bedarf.

12 Bürokratieabbau, bessere Rechtsetzung

Vom Anwender her denken

12.1 Bürokratieabbau

Position der FDP

- Der Umgang mit Behörden soll erleichtert werden; Elemente davon sind eine Behörde als Anlaufstelle anstatt vieler verschiedener („One-Stop-Shop“) und der Ausbau der digitalen Verwaltung
- Einführung des „Once-Only“-Prinzips: Unternehmen sollen Informationen, die sie an Behörden weitergeben, nur einmal übermitteln müssen

Bewertung der vbw

Zustimmung. Erachtet der Gesetzgeber eine bestimmte Regelung als zwingend notwendig, muss bei der Rechtsetzung künftig vom Adressaten aus gedacht und so die Benutzerfreundlichkeit staatlicher Abläufe verbessert werden. Bereits bestehende Regelungen müssen daneben systematisch hinsichtlich Zielerreichung und Kostenfolgen ex post evaluiert werden und einer Effizienzkontrolle standhalten, bei der auch die Benutzerfreundlichkeit in den Fokus genommen wird.

12.2 "one in, two out"-Prinzip bei der Gesetzgebung

Position der FDP

- Neue Regelungen sollen nur dann verabschiedet werden, wenn zugleich in doppeltem Umfang Folgekosten an anderer Stelle zurückgeführt werden.
- Außerdem sollen neue Regelungen ein Ablaufdatum erhalten, damit überprüft werden kann, ob sie sich bewähren.

Bewertung der vbw

- Zwar hat sich die Bundesregierung bereits zum „one in, one out“-Prinzip bekannt. Es hat sich aber gezeigt, dass dies nicht genügt: es werden immer weitere Regelungen mit Belastungen insbesondere für die Unternehmen auf

den Weg gebracht. Um diese Regulierungswut einzu-dämmen, muss „one in, two out“ nach dem Vorbild USA der nächste Schritt sein.

- Die Erfahrungen in Bayern zeigen, dass sog. „Sunset-Regelungen“ zu einer spürbaren Entlastung führen können. Allerdings muss für jeden Einzelfall die Sinnhaftigkeit eines Ablaufdatums überprüft werden.

12.3 Bessere Rechtsetzung

Position der FDP

- Innovationsprinzip zusätzlich zum Vorsorgeprinzip bei politischen Entscheidungen: Bei der Folgenabschätzung darf nicht nur auf mögliche Risiken einer Maßnahme geschaut wird. Genauso intensiv muss ermittelt, welche Chancen verloren gehen, wenn man die Maßnahme unterlässt.
- Die Gesetzesfolgenabschätzung soll anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren gestärkt, parlamentarisch effektiv verankert und durch eine Generationenbilanzierung ergänzt werden.

Bewertung der vbw

- Zustimmung. Ein „Innovationscheck“ ist sinnvoll, um die direkten und indirekten Auswirkungen einer gesetzlichen Regelung auf die Innovationsfähigkeit des Standorts Deutschland abschätzen zu können.
- Die Umsetzung der Generationenbilanzierung würde die Transparenz zu Kosten und Folgen der Gesetzgebung verbessern und auch implizite Schulden aufdecken. Für eine nachhaltige und generationengerechte Politik sind solche Maßnahmen wichtig, daher ist die Forderung zu begrüßen.

Ansprechpartner

Christine Völzow

Büroleiterin des Präsidenten und Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

Telefax 089-551 78-106

christine.voelzow@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber:

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juli 2017